



POSTANSCHRIFT Bundesministerium für Bildung und Forschung, 11055 Berlin

An die  
Bewirtschafter der Mittel  
des Digitalinfrastrukturfonds in den  
Ländern

sowie an die

für den DigitalPakt zuständigen Fachreferate in den  
Kultusministerien der Länder

**nur per E-Mail (gemäß Verteiler)**

nachrichtlich  
Kompetenzzentrum  
für das Kassen- und Rechnungswesen des Bundes  
Justus-von-Liebig-Str. 18  
53121 Bonn

Bundeskassen  
poststelle.buk-halle@zoll.bund.de  
poststelle.buk-weiden@zoll.bund.de  
poststelle.buk-trier@zoll.bund.de  
poststelle.buk-kiel@zoll.bund.de

Bundesrechnungshof – poststelle@brh.bund.de  
Bundesministerium der Finanzen – Ref. IIA5 – IIA5@bmf.bund.de

HAUSANSCHRIFT Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin  
TEL +49 (0)30 18 57-5404  
FAX +49 (0)30 18 57-8-5404  
BEARBEITET VON Frau Anton  
E-MAIL 323@bmbf.bund.de  
HOMEPAGE www.bmbf.de  
DATUM Berlin, 3. Juni 2019  
GZ 323-27643

(Bitte stets angeben)

- BETREFF **Haushalts- und Wirtschaftsführung 2019 für den DigitalPakt Schule 2019-2024**  
hier: Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ Titelgruppe 02
- ANLAGEN A. Bewirtschaftungsschreiben des BMF vom 8. Januar 2019 ohne Anlagen  
B. Bewirtschaftungsschreiben des BMF – 1. Änderung vom 9. April 2019 einschließlich Anhang und Anlagen 1 bis 3  
C. Mitteilung des BMF vom 12. April 2019  
D. Übersicht über die Zuweisung im HKR-Verfahren gemäß Königsteiner Schlüssel  
E. Formular für Quartalsmeldung jedes Landes an das BMBF  
F. Formular für Monatsmeldung jedes Landes an das BMBF  
G. Berichtstabelle gem. KInvFG als Ausgangspunkt für Berichte gemäß §§ 12 bzw. 18 VV  
H. Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. November 2018

TELEFONZENTRALE +49 (0)228 99 57-0 oder +49 (0)30 18 57-0  
FAX-ZENTRALE +49 (0)228 99 57-83601 oder +49 (0)30 18 57-83601  
E-MAIL-ZENTRALE bmbf@bmbf.bund.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen das Bewirtschaftungsgrundschreiben des BMF vom 8.1.2019 (ohne Anlagen) (Anlage A) sowie dessen 1. Änderung vom 9.4.2019 nebst Anhang sowie 3 Anlagen in der aktuellen Fassung (Anlage B) mit der Bitte um Beachtung und Weiterleitung an die Bewirtschafter der Mittel des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“. Diese Dokumente enthalten die Einzelheiten der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2019.

## **1. Rechtsgrundlagen**

Grundlagen der Haushalts- und Wirtschaftsführung sind das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ (DIFG) und die Ansätze und Haushaltsstrukturen des Wirtschaftsplans 2019 sowie die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über den DigitalPakt Schule 2019-2024 (VV). In diesem Sondervermögen stehen für die Titelgruppe 02 im Haushaltsjahr 2019 720 Mio. Euro zur Verfügung. Die zwischenzeitliche Sperre dieser Mittel hat das BMF mit Schreiben vom 12.4.2019 aufgehoben (Anlage C).

## **2. Zuweisung**

Auf dieser Grundlage hat das Bundesministerium der Finanzen die Mittel für das Jahr 2019 für das Programm „DigitalPakt Schule“, das aus Titelgruppe 02 des Sondervermögens Digitale Infrastruktur zu finanzieren ist, im HKR-Verfahren dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zugewiesen.

Nunmehr weist das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Mittel für die Finanzhilfen für das Jahr 2019 im HKR-Verfahren gemäß Anlage D zu.

Es dürfen derzeit nur die im Sondervermögen vorhandenen 720 Mio. Euro zugewiesen werden. Ich weise darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt Mittelabrufe und Mittelbewilligungen nur bis zur Höhe der sich aus der Übersicht in Anlage D ergebenden Länderscheibe zulässig sind. Das Sondervermögen wird weitere Zuflüsse aus den Erlösen der Versteigerung der 5G-Frequenzen erhalten (§ 4 Abs. 1 DIFG). Diese Mittel fließen dem Sondervermögen entsprechend unterjährig zu. Ich werde Sie zu gegebener Zeit darüber informieren.

Aus Anlage D geht auch die Aufteilung der derzeit vorhandenen Mittel auf Investitionsmaßnahmen gem. § 3 Abs. 1 und 2 VV (Schulmaßnahmen, regionale und landesweite Maßnahmen; Spalte 3 in Anlage D) sowie auf länderübergreifende Investitionsmaßnahmen gem. § 3 Abs. 3 VV (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 VV; Spalte 4 in Anlage D) hervor.

Die Bewirtschaftung im HKR-Verfahren wird vom BMBF für bestimmte Bewirtschafter freigeschaltet. Daher benötige ich unverzüglich folgende Informationen (jeweils mit Postadresse, E-Mail, Telefon und wenn möglich einer konkreten Ansprechperson):

	Land: _____	Zuständige Stelle
1.	Benannte Stelle gem. § 7 Abs. 1 VV	
2.	Stelle, die die Mittel im HKR-Verfahren bewirtschaftet	
	Bewirtschafternummer*:	
3.	Bewilligungsbehörde(n) gem. § 7 Abs. 2 VV (sofern schon bekannt; kann zu einem späteren Zeitpunkt nachgemeldet werden)	
4.	Beratungsstelle(n) gem. § 7 Abs. 2 VV (sofern schon bekannt; kann zu einem späteren Zeitpunkt nachgemeldet werden)	

*\*Hinweis: Es darf eine schon existierende Bewirtschafternummer genutzt werden.*

### 3. Meldungen und Berichte

a)

Zum Zweck der Planung von Kassenmitteln der Bundeskasse sind Quartals- und Monatsmeldungen erforderlich. BMBF wird dem BMF (mittels der Formulare aus Anlage 2 und 3) diese Planungen mitteilen. Die Informationen wird BMBF aus den Planzahlen der Länder aggregieren. Ich bitte die Bewirtschafter daher darum, dem BMBF an [323@bmbf.bund.de](mailto:323@bmbf.bund.de)

- (1) jeweils zum Ersten des mittleren Quartalsmonats für das Folgequartal mit dem Formular für die Quartalsmeldung gemäß Anlage E alle voraussichtlichen Auszahlungen im Folgequartal zu melden.

*Ausfüllbeispiel für die zum 1. Mai zu übermittelnde Übersicht für das III. Quartal:*

#### Auszahlungen (alle Angaben in Mio. Euro)

Monat	Epl. 6097 882 21	Epl. 6097 882 21	Epl. 6097 882 21	Gesamt- betrag
Juli	2,2			2,2
August	0,03 am 1.8.20	0,035 in 34. KW.	0,14	0,205
September	0			0

*Hinweis:* Je genauer die Daten sind, umso zielgenauer kann das BMF das Management der Bundeskasse planen. Daher können Sie hinter allen oder auch hinter einzelnen

Zahlungsbeträgen auch noch das Datum oder die Kalenderwoche angeben, in der das Geld abgerufen werden soll, sofern diese Angaben sich schon abschätzen lassen.

- (2) jeweils zum Ersten jeden Monats für den Folgemonat mit dem Formular für die Monatsmeldung gemäß Anlage F Zahlungen ab 10 Mio. Euro zu melden (Bitte beachten Sie, dass der Schwellenwert von 10 Mio. Euro auch dann erreicht wird, wenn er sich aus der Summe mehrerer Teilbeträge ergibt.). Falls der Zahlungstag noch unbekannt ist, bitte schätzen, ggfls. Kalenderwoche angeben.

*Ausfüllbeispiel für die zum 1. September zu übermittelnde Übersicht für Oktober:*

### Auszahlungen

Lfd. Nr.	Titelkonto / Buchungskonto	Betrag (in Mio. Euro)	Zahlungstag	Bundeskasse
1	6097 882 21	5,0	ca. 19.10.	Kiel
2	6097 882 21	4,5	25.10.	Kiel
3	6097 882 21	0,5	44. KW	Kiel

b)

Die Verwaltungsvereinbarung sieht Meldungen zur Mittelplanung vor. Auch diese Meldungen erbitte ich an [323@bmbf.bund.de](mailto:323@bmbf.bund.de):

- (1) jeweils am Quartalersten die Mittelplanung (Summe für geplante Bewilligungen und Summe für geplante Mittelabrufe) bis zum Jahresende (§ 11 Abs. 4 Satz 1 VV);
- (2) jeweils zum 31.3. eine Schätzung des Mittelbedarfs (Bewilligungen und Abrufe) für das Folgejahr (§ 11 Abs. 4 Satz 2 VV). Für das Jahr 2020 bitte ich unverzüglich um Übermittlung dieser Schätzung;
- (3) am 16. Mai 2022 Mittelplanung für länderübergreifende Maßnahmen (§ 11 Abs. 7 VV).

c)

Die VV sieht vor, dass Übersichten über geprüfte Verwendungsnachweise gem. § 12 Abs. 2 sowie Berichte gemäß § 18 Abs. 1 VV zu übersenden sind. Beides wird sich an der Berichtstabelle nach dem KInvFG orientieren (Anlage G) und durch Ausfüllhinweise ergänzt werden. Ein erster Vorschlag des Bundes für eine Adaption auf den DigitalPakt wurde bereits in der Arbeitssitzung vom 22.3.2019 mitgeteilt. Die endgültige Fassung wird – voraussichtlich nach Diskussion in der Fach-AG – zu einem späteren Zeitpunkt übermittelt.

d)

Für die Berichterstattung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (vgl. § 18 Abs. 2 VV) bitte ich um Zulieferungen für die Berichtspunkte unter Ziffer 2 (3. und 5. Spiegelstrich) im Maßgabebeschluss vom 28.11.2018 (Anlage H) an [323@bmbf.bund.de](mailto:323@bmbf.bund.de) zum 15.8. und zum 15.2. (erstmalig zum 15.8.2019).

*Hinweise:*

	<b>Maßgabebeschluss</b>	<b>Hinweise</b>
1. Spiegelstrich	Stand des jeweiligen Mittelabflusses	Wird von BMBF gemäß Abrufen über das HKR-Verfahren ermittelt
1. Spiegelstrich	Stand der eingegangenen rechtlichen Bindungen	Wird vom BMBF gemäß dem Bericht gem. § 18 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 a VV aus der Summe der bewilligten förderfähigen Kosten aller bewilligten Anträge ermittelt
2. Spiegelstrich	<i>Ergebnisse der Förderung beim Gigabitnetzausbau</i>	- entfällt / betrifft nicht den DigitalPakt -
3. Spiegelstrich	Ergebnisse der Finanzhilfen bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule	<b>Informationen der Länder erforderlich.</b> Falls ein Land keine gesonderten Informationen übersendet, übermittelt BMBF dem BT die nach § 12 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 VV zu übersendenden Kurzbeschreibungen der einzelnen Investitionsmaßnahmen.
4. Spiegelstrich	Mitfinanzierungsanteile von Ländern und Kommunen,	Zum 15.8.2019 teilt BMBF dem BT die in den Förderbekanntmachungen der Länder dazu getroffenen Regelungen mit. Ab 2020 entnimmt BMBF die Zahlen jeweils den Übersichten gem. 12 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6 VV (mit dem Hinweis, dass die Quote von 90:10 gem. § 8 Abs. 4 Satz 2 VV erst nach Abschluss aller Maßnahmen zu erreichen ist).
5. Spiegelstrich	Darstellung, welche zusätzlichen Investitionen mit der Förderung bzw. den Finanzhilfen durch den Bund in Ländern und Kommunen jeweils erfolgen	<b>Informationen der Länder erforderlich.</b> vgl. § 9 VV Gemeint ist, welche Investitionen durch die Mittel neu angestoßen werden (damit nicht bereits durch die Länder geplante Investitionen nunmehr durch Bundesmittel finanziert werden)

#### 4. Ergänzende Hinweise zur Verwaltungsvereinbarung

a) zu § 2

Der Bund weist darauf hin, dass es für die Frage, ob die Träger von Pflegeschulen Anträge gem. § 3 Abs. 1 VV stellen können, nicht darauf ankommt, ob die Pflegeschulen in den Schulgesetzen der Länder geregelt sind.

SEITE 6 b) zu § 11 Abs. 1 Satz 3 VV – „unverzüglich“

Ich weise darauf hin, dass die Weiterleitung von Finanzhilfen nur dann „unverzüglich“ erfolgt, wenn zwischen Abruf der Mittel beim Bund und Weiterleitung nicht mehr als 1 Monat vergeht.

## **5. Kontakte**

Für Rückfragen zur Bewirtschaftung stehen im BMBF Frau Gudowski (Durchwahl – 5167, Fachreferat) und Frau Limbach (-2373, Haushaltsreferat) und speziell zum HKR-Verfahren Herr Vorbau (-3328, Haushaltsreferat) zur Verfügung.

Für Rückfragen zur Verwaltungsvereinbarung stehen im BMBF Herr Ruhmann (-5285) und Frau Anton (-5404) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Anton  
(Regierungsrätin)